

Delegiertenversammlung der Grünen

10. November 2009

„Nachhaltige grüne Politik im Kanton Bern“

***Referat von Regierungsrat Bernhard Pulver,
Erziehungsdirektor des Kantons Bern***

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Grüne

„Eine nachhaltige grüne Politik im Kanton Bern“;
Diesen Grundsatz verfolgen wir seit Langem mit viel Engagement und Lust. Damit wir unsere politischen Ideen möglichst gut umsetzen können, brauchen wir die Rot-Grüne Mehrheit in der Regierung auch in den nächsten vier Jahren. Schön wäre, wenn wir zudem im Grossen Rat noch Sitze dazu gewinnen könnten.

Eines steht für mich fest: die letzten vier Jahre haben sich für uns gelohnt, wir haben viel erreicht. Seit der Nominationsveranstaltung vor drei

Wochen habe ich einige positive Rückmeldungen zu meiner erneuten Kandidatur erhalten, was mich sehr freut. Alle prognostizieren uns gute Resultate.

Dies ist selbstverständlich auch mein Wunsch, aber: obwohl die bürgerlichen Parteien nicht geeint in die Wahlen steigen, müssen wir im Wahlkampf alles geben. Die Rot-Grüne Mehrheit im Regierungsrat ist keine Selbstverständlichkeit. Wir brauchen für einen erfolgreichen Wahlkampf klare Positionen. Die Wählerinnen und Wähler müssen wissen, wofür wir einstehen.

Deshalb möchte ich euch heute einige Gedanken zu sechs Politikbereichen darlegen. Es sind meine Leitlinien für die grüne Politik, die ich in der nächsten Legislatur im Regierungsrat einbringen will. Wir starten natürlich bei der Nachhaltigen Entwicklung:

Nachhaltige Entwicklung

Die Nachhaltige Entwicklung stand bei uns schon im letzten Wahlkampf im Zentrum der Kampagne. Der Grundsatz, dass unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung das Zieldreieck

- „Ökologie/Erhaltung der Lebensgrundlagen“,
- Wirtschaftliche Entwicklung“,
- „Gesellschaftliche Solidarität“,

in den Mittelpunkt rückt, gilt weiterhin.

Für mich ist dies enorm wichtig; die Grünen sind die Partei, die seit Jahren nach diesem Grundsatz handelt und unsere Wählerinnen und Wähler verlassen sich darauf.

Meines Erachtens sollte die Nachhaltige Entwicklung auch in der kommenden Legislatur **die Maxime der Arbeit des Regierungsrates** sein. Ich habe eigentlich keine Zweifel, dass dies nach vier Jahren entsprechender Politik nicht auch in der nächsten Legislatur der Fall sein wird – rot-grüne Mehrheit vorausgesetzt.

*
* *

Selbstverständlich ist es **im Bereich Bildung und Kultur** etwas weniger offensichtlich, wo und wie dem Aspekt der Ökologie besonders Nachdruck verschafft werden kann.

Dass **Bildung insgesamt** im Zieldreieck der Nachhaltigen Entwicklung eine zentrale Rolle spielt, ist ja unbestritten.

Und doch ist auch in meiner Direktion in Bezug auf die Ökologie einiges möglich.

- Die für die Bildung erstellten Bauten werden in Minergie-ECO-Plus-Standard gebaut. Das ist die Vorgabe des Kantons für alle Bauten, die Federführung hat dabei die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion.

- In einem Direktionsprojekt habe ich zum Ziel gesetzt, den „**ökologischen Fussabdruck**“ meiner Direktion zu reduzieren.
- Um den Bezug der Bildung aller Stufen mit der Nachhaltigen Entwicklung zu verstärken, habe ich eine **Konferenz für Nachhaltige Entwicklung der Erziehungsdirektion** eingesetzt, welche diese Frage in Bezug auf alle Bildungsstufen und auf die Kulturpolitik Schritt für Schritt klären und verstärken soll.
- In einem ersten Schritt werde ich – wenn die Regierung zustimmt – im Rahmen der Erneuerung des **Leistungsauftrags den Hochschulen** den Auftrag erteilen, ihr Verständnis der Nachhaltigen Entwicklung zu klären und der Regierung aufzeigen, wie ihr entsprechender Beitrag verstärkt werden kann.
- Schliesslich – um noch ein letztes Beispiel zu nennen – ist etwa im Bereich der **Denkmalpflege** die Zusammenarbeit und das Zusammenspiel zwischen den Interessen der

Denkmalpflege und den Interessen der erneuerbaren Energien zu verbessern. Die kantonale Denkmalpflege ist hier stark an der Arbeit und ich glaube, dass wir positive Schritte machen können. Ich bedaure, dass diesen Herbst von der städtischen Denkmalpflege andere Signale ausgesandt wurden.

Wichtig ist dabei: Die Denkmalpflege mahnt zum **schonenden Umgang mit historischen Bausubstanzen** – auch das ist ein wichtiges Anliegen der Grünen.

Keinesfalls darf in diesem Bereich das Kind mit dem Bade ausgeschüttet werden. Die Denkmalpflege ist in letzter Zeit von links und rechts unter Beschuss. Einiges gilt es zu verbessern, da bin ich dran. Ich wäre aber froh, wenn auch die Grünen hier klar Position beziehen würden: Eine Aushöhlung der Denkmalpflege kann nicht im Interesse der Partei sein, die sich seit den 70er Jahren für den Erhalt von wertvoller

Bausubstanz eingesetzt hat (vgl. z.B. der Kampf gegen Häuserabbrüche).

Energie, Klima

In der Energiepolitik haben wir mit dem **Energiegesetz** die richtigen Pflöcke gesetzt. Der Kanton Bern wäre mit dem neuen Gesetz schweizweit wegweisend.

Im Grossen Rat wird sich jedoch zeigen, wie viel wir davon effektiv umsetzen können.

- Die **Sanierungspflicht** von schlecht isolierten Häusern wie auch der obligatorische Gebäudeenergieausweis scheinen mehrheitsfähig.
- Gegen die **Lenkungsabgabe** auf dem Stromverbrauch und **Steuerabzüge** für energetische Gebäudesanierungen wehren sich die Bürgerlichen.

Das einzig positive am bürgerlichen Widerstand ist, dass die Wählerinnen und Wähler klar sehen,

wer in der Energiepolitik immer noch wenig begriffen hat und wer zukunftsfähige Lösungen vorbereitet.

*
* *

Was in der nächsten Legislatur auf uns zukommen wird, ist die ganze Frage der **Energieversorgung und die Debatte um neue Atomkraftwerke.**

Hier gibt es von uns eine klare Antwort: Wir Grünen wollen **keine neuen Atomkraftwerke** in der Schweiz – weder im Kanton Bern noch anderswo. Diese Haltung werde ich selbstverständlich weiterhin vertreten – was ja bei uns Grünen niemanden überraschen wird.

Ebenfalls zentral bleibt für mich die **Klimapolitik**. Hier müssen wir uns für eine massive Reduktion der Treibhausgase einsetzen, und zwar lokal, national und international.

Sozialer Ausgleich

Mit dem sozialen Ausgleich ist es wie mit der Gleichstellungspolitik. Wir müssen uns auch künftig mit grossem Engagement dafür einsetzen. Wir sind in beiden Bereichen noch lange nicht am Ziel.

Gerade in **wirtschaftlich schwierigen Zeiten** ist der soziale Ausgleich gefährdet. Im nächsten Jahr drohen steigende Arbeitslosenzahlen. Junge und schlecht ausgebildete Menschen werden dann wieder stärker betroffen sein.

Als Regierung müssen wir hier sehr verantwortungsvoll handeln. Jeder Mensch, der von Arbeitslosigkeit betroffen ist, hat das Recht auf Unterstützung. Wir müssen alles dafür tun, dass wir diese Menschen so rasch als möglich wieder in den Arbeitsmarkt bringen. Wir müssen

trotz nachhaltiger Finanzpolitik die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Denn eines ist klar: je länger die Arbeitslosigkeit dauert, umso schwieriger ist die Integration in den Arbeitsmarkt.

*

* *

Wir sollten aber ebenfalls darauf achten, dass der **soziale Friede bestehen bleibt**.

Selbstverständlich darf es **unterschiedliche Löhne** für unterschiedliche Arbeit geben. Wer eine grosse Verantwortung trägt, soll auch entsprechend entlohnt werden.

Aber es kann nicht sein, dass der höchste Lohn in einem Unternehmen x-hundertfach höher ist als der tiefste.

Der Kanton geht hier mit gutem Beispiel voran.
Das Verhältnis zwischen höchstem und tiefstem

Lohn ist beim Kanton bei den Angestellten rund 5,5:1. Nimmt man die Löhne der Regierungsräte dazu, liegt der Wert leicht unter 6:1. Wir sind also bei Weitem innerhalb der Forderung der Volksinitiative der JUSO, welche ein nationales Verhältnis von 12:1 fordert!

Zuverlässige und stabile Finanzpolitik

Hier stehen die Zeichen immer noch auf Sturm und ich bin echt besorgt über die Prognosen der nächsten mindestens zwei Jahre.

Meines Erachtens war es **richtig, dass der Regierungsrat bereits vor einem Jahr** – als die ersten dunklen Wolken am Finanzhimmel auftauchten – reagiert hat:

- Wir haben eine **kurzfristige Optik** eingenommen und uns bemüht, im laufenden Jahr einen Anstieg der Schulden zu vermeiden.
- Auch für das **Budget 2010** haben wir das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes **erreicht**. Dies war nur dank Sparmassnahmen und dem Verschieben von Ausgaben möglich. Dabei haben wir den **Bildungsbereich und die Investitionen** soweit als möglich unberührt belassen.

Darüber bin ich froh, denn dies hat viel mit „verantwortungsvoller Finanzpolitik“ zu tun.

Selbstverständlich bedeutet eine nachhaltige Finanzpolitik im Kanton Bern nach wie vor **Schuldenabbau**. Nur so erhalten wir mittel- bis langfristig den Spielraum, den wir dringend benötigen.

Aber in solchen Krisenzeiten wie jetzt, müssen wir aufpassen, dass wir **nicht einfach linear Leistungen abbauen**. Es braucht verantwortliches Handeln. Ich werde mich auch in der nächsten Legislatur dafür einsetzen, dass wir sehr sparsam mit unseren Mitteln umgehen, aber nur dort Leistungen abbauen, wo es zu verantworten ist.

*

* *

Ich bin überzeugt:

Gerade in Zeiten, wo es finanzielle Engpässe gibt, ist eine rot-grüne Mehrheit und ihre Schwerpunktsetzung besonders wichtig!

Es geht in der nächsten Legislatur darum, die Ziele

- des ausgeglichenen Haushalts
- und wenn möglich des Schuldenabbaus zu verbinden
- mit einem sorgfältigen Umgang mit den personellen und materiellen Ressourcen dieses Kantons:

Die Wirtschaftskrise darf nicht dazu führen, dass wichtige Errungenschaften des Gemeinwesens kurzfristig über Bord geworfen werden. *Das wäre keine stabile und zuverlässige Finanzpolitik.*

Die auf Grund der Steuerausfälle notwendigen Sparmassnahmen sind möglichst sorgfältig abzuwägen – was die Regierung bisher ja bewiesen hat!

Auch bei den – teilweise berechtigten – Forderungen nach Steuersenkungen gilt es genau abzuwägen, was in diesem Rahmen möglich ist. Eine stabile und zuverlässige Finanzpolitik schliesst auch hier ein überborden aus!

Kooperative Politik

Innerhalb der Regierung setze ich mich seit Beginn meiner Amtszeit für ein konstruktives Diskussions- und Politikklima ein.

Zu meiner Freude bin ich mit meiner Haltung in dieser Regierung nicht allein! Zu Recht ist uns denn auch von vielen Seiten unvoreingenommene und sachliche Arbeit attestiert worden. Diese Kultur ist jedoch ein zerbrechliches Gut und ich werde mich auch nach den Wahlen wieder von Beginn weg dafür einsetzen.

Gerade innerhalb einer Regierung sind gute Lösungen nur möglich, wenn ideologische Haltungen nicht im Vordergrund stehen.

*

* *

Hier brauche ich Euer Verständnis und Euer Vertrauen für und in meine Arbeit. Ich werde nicht in jedem Moment gegen aussen unsere Positionen so vertreten können, wie Ihr das sicher zu Recht wünscht. Das ist aber die Rolle eines Regierungsrates.

Ich bin dankbar, dass dies in dieser Legislatur zu **keinen Konflikten** zwischen der Partei und mir geführt hat. Ihr kennt meine Grundhaltung und vertraut mir, dass ich diese Grundhaltung halt manchmal hinter den Politik-Kulissen vertrete. Ich umgekehrt weiss, dass Ihr als Partei und als Grossratsfraktion halt manchmal auch Forderungen vertreten und Positionen markieren müsst, die vielleicht so nicht 1:1 in einer Regierung umsetzbar sind.

Ich freue mich auf die weitere gute Zusammenarbeit und bin auch mit unserem Präsidenten im Gespräch, wie wir meine Einbindung in die Partei in der nächsten Legislatur vielleicht auch verstärken können.

Bildung

Zum Schluss komme ich zu meinem Haupt-Aktionsfeld, der Bildung und Kultur.

Bildung ist entscheidend für den späteren beruflichen und sozialen Erfolg unserer Kinder. Ich bin stolz und hochmotiviert in diesem Bereich nachhaltige grüne Politik einbringen zu können.

Wir konnten in den vergangenen vier Jahren **Vertrauen** der Bevölkerung und der Lehrerschaft in die Schulen des Kantons Bern zurückgewinnen. Das Image hat sich entscheidend verbessert. Daran muss kontinuierlich weitergearbeitet werden und ich will dies mit all meiner Kraft tun.

Dazu gehört, dass wir das Bild des **Beziehungsdreieckes** zwischen Schüler – Lehrer – Eltern in den nächsten Jahren weiter vermitteln. Denn immer mehr komme ich zur Überzeugung,

dass eine gute und erfolgreiche Schule nicht alleine eine Frage des Systems, des Modells oder des Volksschulgesetzes ist. Selbstverständlich sind diese Grundlagen wichtig, aber entscheidend für den Erfolg und die Chancengerechtigkeit ist die Motivation all dieser Menschen in diesem Dreieck. Damit wir dies erreichen, müssen wir die Lehrer, die Schüler und die Eltern unterstützen und mit ihnen einen intensiven Dialog pflegen.

Schwerpunkte der nächsten Legislatur werden sein:

- Nachdem ich in der **Kultur** mit der Kulturstrategie und anderen Massnahmen einen **Grundstein des Vertrauens** legen konnte, gilt es jetzt, die Kultur im Bewusstsein der Bevölkerung zu stärken. Die neue Theaterorganisation in Bern oder das Projekt Bildung und Kultur zeigen, in welche Richtung es gehen kann.

- Im Bereich **Hochschulen** möchte ich die Autonomie der Hochschulen stärken: Ich bin überzeugt, dass gute Forschung und Lehre dort entsteht, wo motivierende Anreize, Selbständigkeit und Freiheit bestehen.

In den Hochschulen muss nicht nur unsere heutige Wirtschaft und Gesellschaft analysiert und unterstützt werden. Hier muss auch die Zukunft gedacht und ermöglicht werden. Dazu braucht es neben einer guten Steuerung und genügend Freiheit auch **genügend Mittel**.

- Die **Berufsbildung** ist mir ein besonderes Anliegen. Unser duales System mit der genialen Verbindung von Theorie und Praxis trägt wesentlich zum Erfolg unseres Landes bei.

Der Split zwischen Gymnasium und Berufsbildung scheint mir in unserem Kanton deshalb richtig. Mit zwei **Lehrstellenkonferenzen** haben die Erziehungsdirektion und die Volkswirtschaftsdirektion gezeigt, wie wichtig uns die Lehrstellensituation – gerade auch, aber nicht nur, der leistungsschwächeren Jugendlichen – ist.

Diese Arbeit werde ich weiterführen. Der Erfolg gibt uns Recht: *95% aller Jugendlichen im Kanton Bern haben einen Sek-II-Abschluss.*

- Dazu trägt auch das **Gymnasium** bei. Dieser Ort der Vorbereitung auf das freie wissenschaftliche Denken muss sein klares Profil bewahren. In den letzten Jahren brachten verschiedene Seiten *Fragezeichen an seiner Qualität* an. Das Thema packen wir derzeit gemeinsam mit

den Rektorinnen und Rektoren und den Lehrkräften an.

- Ein zentraler Schwerpunkt bleibt weiterhin die **Volksschule**. Sie ist von zentraler Wichtigkeit für unsere Gesellschaft. Was am Anfang einer Schulkarriere verpasst wird, kann später nur schwer aufgeholt werden. Die Berner Volksschule leistet Hervorragendes. Gleichzeitig steht sie vor starken Herausforderungen.

Auf der **Strukturebene** werde ich Folgendes anpacken und verbessern:

- Der zweijährige **Kindergarten** und die freiwillige Einführung der **Basisstufe**.
- Die Vereinfachung des **Übertritts** von der Primarschule in die Sek I.
- Die **Stärkung der Realschule** und die Flexibilisierung und Neuausrichtung des **9. Schuljahres**.

- Eine flexible **Finanzierung der Volksschule** ohne Lastenausgleich.

Damit sind es aber genügend Strukturänderungen. Es gilt ja gleichzeitig, die Integration und die Fremdsprachenvorverlegung umzusetzen. Deshalb will ich auch keine grundlegende Umgestaltung der Volksschule, sondern punktuelle Verbesserungen und eine gewisse Beruhigung.

Wichtig ist für mich in den nächsten Jahren vor allem ein **pädagogischer Dialog** mit der Volksschule, um diese Stufe von unten her weiterzuentwickeln.

Zentral sind die Menschen, die Lehrkräfte vor Ort. Deshalb wird auch weiterhin die **Personalpolitik** und die Überprüfung aller Massnahmen auf ihre Praxistauglichkeit ein zentraler Schwerpunkt meiner Arbeit sein.

*
* *

Auf diese Arbeit freue ich mich. **Vorher freue ich mich aber auf einen gemeinsamen Wahlkampf mit Euch allen.**

Es wird eine intensive Zeit, die aber auch die Chance bietet, unsere Ideen und Positionen klar aufzuzeigen. Wenn wir das schaffen, so glaube ich ganz stark an unseren Erfolg!

Ich erlaube mir zum Schluss noch einmal zu wiederholen, was ich im Kursaal gesagt habe: Rot-Grün ist kein Strohfeuer/ Rot-Grün eine Zukunftsperspektive für dieses Land.

Und dazu braucht es die Grünen – stärker denn je!